



Grusswort

Abschlussveranstaltung Projekt «Muslimische Organisationen als gesellschaftliche Akteure 1», 09.04.2018

Sehr geehrte Vertreterinnen und der Vertreter von muslimischen Gemeinschaften

Sehr geehrte Mitarbeitende des Schweizer Zentrums für Islam und Gesellschaft

Geschätzte Anwesende

„Zuhören als subversiver Akt“. Dazu sprach die Philosophin Christine Abbt im vergangenen Dezember an ihrer Antrittsvorlesung an der Universität Zürich. Das (richtig) Zuhören sagt sie, ist eine Provokation, weil es dazu zwingt, die subjektive Wahrheit des Gegenübers, des Andern anzunehmen – und, weil es damit immer auch die eigene subjektive Wahrheit in Frage stellt. (Richtig) Zuhören ermöglicht es aber auch, das Eigene besser zu erkennen, zu differenzieren, mit beiden Augen – zweidimensional – die ganze Realität zu sehen, wie die Philosophin - Immanuel Kant und damit die Aufklärung zitierend - , ausführte. Einander zuhören, richtig zuhören, das haben auch Sie in den gemeinsam mit dem Schweizer Zentrum für Islam und Gesellschaft durchgeführten Veranstaltungen getan. Ich freue mich, heute an Ihrer Abschlussveranstaltung teilzunehmen.

Als Chefin des Direktionsbereiches „Zuwanderung und Integration“ des Staatssekretariats für Migration habe ich – neben der Philosophie natürlich auch einen beruflichen, überspitzt gesagt, auch einen handfesten, bürokratischen Zugang zum Thema. Fragen rund um Religion und Integration beschäftigen mich und mein Team sogar relativ häufig. Und ja, meistens geht es dabei um den Islam respektive um Musliminnen und Muslime in der Schweiz. Um die Fragen, die im Zusammenleben entstehen, besser zu verstehen, und um dann auch bessere Antworten zu finden, sind wir auf einen Dialog mit muslimischen Organisationen angewiesen. Wir brauchen Partner, denen wir zuhören können, die aber auch uns zuhören. So dass wir gemeinsam weiter kommen.

Was bedeutet das im Alltag des SEM? Meine Mitarbeitenden bearbeiten zum Beispiel Gesuche von Personen, die sich neu in der Schweiz aufhalten wollen, sei es zur Arbeit oder weil ihre Familie schon im Land ist. Sowohl das Ausländergesetz, wie auch das Bürgerrechtsgesetz, welche die Grundlagen für unsere Arbeit bilden, sind in den letzten Jahren politisch intensiv diskutiert und revidiert worden. Die Frage, wie gut jemand integriert ist, hat dabei zunehmend an Bedeutung gewonnen, so auch als juristisch verbindliche Bewilligungsvoraussetzung.

Allein der Name zeugt von dieser Entwicklung: Das Ausländergesetz, jahrelang als AuG abgekürzt, heisst seit der letzten Revision neu Ausländer- und Integrationsgesetz und erhält die neue Abkürzung AIG. Das Parlament hat für diesen Paradigmenwechsel die Kurzform ‚Fördern und Fordern‘ verwendet, eine Verkürzung, die mir persönlich weniger liegt, es fehlt mir die Augenhöhe, das Dialogische, das Sie auch in Ihrer Zusammenarbeit suchen.

Aber zurück zum Gesetz. Was hat geändert? Die Integrationskriterien haben nicht nur an Bedeutung gewonnen sondern sie sind auch genauer definiert und damit besser überprüfbar geworden, auch durch Gerichte.

So wird beispielsweise festgelegt, dass eine Bewerberin für das Schweizer Bürgerrecht eine Landessprache beherrschen muss und zwar mündlich mindestens auf Referenzniveau B1 und schriftlich mindestens auf Niveau A2 des in Europa anerkannten Referenzrahmens für Sprachen. Und auch im Kontext Religion und Integration lässt sich diese Entwicklung zu einer stärker gewichteten Integration gut ablesen, so zum Beispiel bei der Zulassung von religiösen Betreuungspersonen aus Drittstaaten - konkret bei der Zulassungen von Imamen in der Schweiz. Neu müssen religiöse Betreuungspersonen bereits bei der Einreise in die Schweiz die Sprache ihres neuen Arbeitsorts sprechen und mit dem gesellschaftlichen und rechtlichen Wertesystem vertraut sein.

Damit hat die Politik genauer definiert, was unter „Integration“ im Einzelfall zu verstehen ist. Dennoch gibt es auch in der Verwaltung immer noch viel Raum für Diskussion. Wie ist etwa eine Verschleierung oder ein verweigerter Handschlag eines Schülers zu interpretieren?

Die Behörden - und so auch wir haben hier bewusst einen Ermessensspielraum, um dem Einzelfall möglichst gerecht zu werden, gleichzeitig müssen wir natürlich den gesetzlichen Rahmen respektieren und die Gleichbehandlung aller Personen garantieren. Der Dialog mit Ihnen hilft uns diesen Ermessensspielraum zu definieren.

Damit wird es noch wichtiger, dass nicht nur der Staat, sondern auch Sie als Direktbetroffene aktiv die Diskussionen über diese sensiblen und kontrovers beurteilten Themen der Integration selber führen und sich dabei auch positionieren. Zum Beispiel eben in den gemeinsam mit dem Schweizer Zentrum für Islam und Gesellschaft durchgeführten Veranstaltungen zu verschiedensten Fragen des Zusammenlebens.

Es freut mich, dass wir als SEM solche Bemühungen auch unterstützen können. Das tun wir unter anderem mit unseren Instrumenten der Integrationsförderung.

Ziel der Integrationsförderung ist es, den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu stärken, die Toleranz gegenüber der ausländischen Bevölkerung zu fördern, und - das ist für mich zentral - die Chancengleichheit von In- und Ausländern in der Ausbildung, im Erwerbsleben und im sozialen Umfeld zu ermöglichen. Wie tun wir das?

Unsere Hauptstrategie um dieses Ziel zu erreichen sind die Kantonalen Integrationsprogramme KIP in allen Kantonen, die der Bund hälftig mitfinanziert, und mit welchen wir neben Information, Sprache, Bildung und Arbeit, auch die soziale Integration – eben das Zusammenleben – fördern.

In den Kantonen werden denn auch zahlreiche Projekte durchgeführt und Dialogforen mit religiösen Gemeinschaften angeboten.

Neben den zahlreichen Projekten der Kantonalen Integrationsprogramme unterstützt das SEM ausgewählte innovative Projekte von nationaler Bedeutung, wie es dieses Projekt ist. Es hat für uns Bedeutung, weil wir den Dialog und die Auseinandersetzung mit dem „Muslimsein in der Schweiz“ unterstützen möchten.

Aus diesen Gründen hat das SEM bereits den Muslimdialog 2010 / 2011 koordiniert, der das Anliegen nach Aus- und Weiterbildung für religiöser Betreuungspersonen prominent vorgebracht wurde und dann in der Folge in einer intensiv arbeitenden Arbeitsgruppe zwischen Bundesbehörden, Musliminnen und Muslimen und Vertretern der Wissenschaft vertieft werden konnte. Dies hat bekanntlich zum erfolgreichen Aufbau des Schweizerischen Zentrums für Islam und Gesellschaft/SZIG geführt.

Imame können eine Schlüsselfunktion in der Integration der Gläubigen haben. Sie geniessen aufgrund ihrer Funktion besondere Anerkennung und Respekt und werden vielfach auch beim Dialog mit den lokalen Behörden beigezogen.

Dank der Bestandsaufnahme des SZIG – eine Studie von 2016, die auch vom SEM unterstützt wurde – ist uns aber auch klar geworden, dass nicht nur Imame diese Schlüsselfunktion in den muslimischen Gemeinden haben können. Es gibt nämlich ganz verschiedene Menschen, die in den muslimischen Vereinen sehr wichtige und oft unbezahlte Arbeit leisten, damit es für Männer, Frauen und Jugendliche Aktivitäten und Unterstützungen gibt. Eben auch diese Arbeit kann die Partizipation und den Dialog für eine bessere Integration entscheidend unterstützen. Diese Menschen setzen sich mit aktuellen gesellschaftlichen Themen auseinander, bringen sich ein, und gestalten so das Muslimsein in der Schweiz.

Wir kennen alle die Themen der Debatten um den Islam, die in der Öffentlichkeit politisch kontrovers geführt werden. Sei es nun die Diskussion um das Verhüllungsverbot, Kontroversen um den Schwimmunterricht oder die Diskussion um die Radikalisierung von Teilen des Islams mit dem Aufkommen des IS, Diskussionen die mit jedem neuen Terroranschlag wie in Paris, Nizza oder Deutschland und mit jeder Berichterstattung über heimkehrende radikalisierte Jugendliche wieder aufleben. Gerade beim Thema Radikalisierung spielen muslimische Organisationen eine wichtige Rolle, bei der Prävention, in Zusammenarbeit mit den Behörden.

In diesen Debatten geht es auch oft um die Stellung der Frau und die Gleichberechtigung zwischen Frau und Mann. Ich finde es braucht unbedingt eigene Positionen von muslimischen Akteuren, vielleicht ganz besonders auch von muslimischen Frauen, zu diesem Thema. In einem polarisierten Kontext, braucht es Mut, um Haltungen und Verhaltensmuster auch kritisch zu hinterfragen.

Ich finde es enorm wichtig und schätze es deshalb sehr, dass in diesem schwierigen politischen Kontext muslimische Vereine diese Themen selber aktiv angehen. Ich bin überzeugt: Wenn sie sich diesen Diskussionen aktiv stellen, stärken sie auch die Position ihrer Vereine in der Gesellschaft.

Weil in unseren Augen eben diese Auseinandersetzung mit dem „Muslimsein in der Schweiz“ von zentraler Bedeutung ist, hat das SEM das Projekt „Muslimische Organisationen als gesellschaftliche Akteurinnen“ finanziell unterstützt, das wir heute gemeinsam bilanzieren und würdigen. Es ist dem SZIG gelungen mit diesen Weiterbildungen einen Raum zu schaffen, wo Musliminnen und Muslime ganz konkrete Anliegen und Fragen diskutieren, die das Zusammenleben in der Schweiz betreffen.

Die muslimischen Vereine sind aber nicht die einzigen Akteure, die hier in der Verantwortung stehen, das möchte ich betonen. Die Integration und ein guter Dialog setzen sowohl den entsprechenden Willen der Ausländerinnen und Ausländer als auch die Offenheit der schweizerischen Bevölkerung voraus.

Das Projekt „Muslimische Organisationen als gesellschaftliche Akteurinnen“ setzt auch da an, weil es den nicht-muslimischen Akteuren, die an den Weiterbildungen teilnehmen, erlaubt, die muslimische Realität in der Schweiz besser kennenzulernen und den Dialog anzuregen. So freut es mich, dass durch das Projekt Medienschaffende Gelegenheit hatten, die Diversität der muslimischen Bevölkerung in der Schweiz besser kennenzulernen und zu verstehen wie Islam im Alltag der Gemeinden gelebt wird, damit sie differenziert darüber berichten können.

Die Workshops, die stattgefunden haben, zeigen, dass sie genau einen solchen Dialog erlauben, der weit über die Dauer der Workshops die Zusammenarbeit und das gegenseitige Verständnis fördern wird.

Aus diesen Gründen hat das SEM beschlossen, die Weiterentwicklung des Projekts mit weiteren Workshops in einem neuen Format bis 2020 weiter finanziell zu unterstützen. Diese Veranstaltung heute ist also für Sie und mich nicht ein Abschluss, sondern eine Zwischenetappe einer positiven Entwicklung.

Ich ermutige alle Anwesenden und alle Teilnehmenden, seien sie Musliminnen und Muslime oder nicht, sich weiter für diesen Dialog und diese Zusammenarbeit einzusetzen und damit einen wichtigen Beitrag für die Integration und gegen Vorurteile zu leisten.

Vielen Dank für Ihr Engagement.

Cornelia Lüthy, Vizedirektorin, Staatssekretariat für Migration SEM